

# SPEYER JOURNAL

EIN MAGAZIN DER DEUTSCHEN UNIVERSITÄT FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

Nr. 42, Wintersemester 2022/23



NEU IN SPEYER

**ZWEI LEHRSTÜHLE IM  
BEREICH ÖFFENTLICHES  
RECHT NEU BESETZT**

INTERNATIONALES

**GRÜNDUNGSJUBILÄUM  
DER NATIONAL UNIVERSITY  
OF MONGOLIA**

WEITERBILDUNG

**10. SPEYERER TAGUNG  
ZU PUBLIC CORPORATE  
GOVERNANCE**

# EDITORIAL



## Liebe Leserinnen und Leser

Die vergangenen sechs Monate standen für die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ganz im Zeichen der Besetzung zweier ihr künftiges Profil schärfender Lehrstühle. Mit den Univ.-Professores Dres. David André Roth-Isigkeit und Stefan Korte ist es gelungen, für die Lehrstühle für *Öffentliches Recht, insbesondere Recht der Digitalisierung* bzw. für *Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht und Klimaschutzrecht* zwei neue Wissenschaftler für die Universität zu gewinnen, die in sich den kommenden Jahren stark in ihre Neuaufstellung einbringen werden.

Bereits jetzt darf ich ankündigen, dass der diesbezügliche von uns gemeinsam mit unseren Trägern eingeleitete Erneuerungsprozess im kommenden Semester u.a. mit der Etablierung einer von der Föderalen IT-Kooperation – oder kurz: FITKO – zum Ausbau des eGov-Campus finanzierten Professur im Bereich Verwaltungsinformatik fortgesetzt werden wird.

Wir freuen uns auch, dass wir unsere Internationale Vernetzung in die Mongolei im Berichtszeitraum weiter ausbauen konnten: In der ersten Oktoberwoche 2022 vertrat der Rektor die DUV Speyer bei den Feierlichkeiten anlässlich des 80-jährigen Bestehens der National University of Mongolia (NUM) in Ulaanbaatar. Im Mai 2023 wurde Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Knorr die Medal of Friendship des Staatspräsidenten der Mongolei verliehen.

Selbstverständlich nahm die Universität im Berichtsemester ihre Hauptaufgaben in Forschung, Lehre und Weiterbildung auf dem gewohnt hohen Niveau wahr.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre des vorliegenden SpeyerJournals.

Ihr  
Holger Mühlkamp  
Rektor



## 09 Internationales

Gründungs Jubiläum der National University of Mongolia



## 23 Weiterbildung

Abschlussworkshop zum Projekt „Nachhaltige Verankerung von kommunalen Präventionsketten“



## 28 Hochschulseelsorge

Neues aus der Hochschulseelsorge

# INHALT

## 04 Neu in Speyer

Neu auf dem Lehrstuhl Öffentliches Recht, insbesondere Recht der Digitalisierung

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht und Klimaschutzrecht neu besetzt

Honorarprofessur für Dr. Carsten Jennert

## 09 Internationales

Gründungsjubiläum der National University of Mongolia

## 10 Semester

Semestereröffnung an der Universität Speyer

Feierliche Verleihung des Lehrpreises an Prof. Dr. Carsten Kühl

Transformation in der Verwaltung

„Wortwolke“ zur Lehrevaluation

## 15 Weiterbildung

Symposium Kommunalfinanzen

„Migration und Sozialleistungsbezug“  
5. Speyerer Sozialrechtstage

Öffentliche Unternehmen müssen vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen ihre Resilienz beweisen - und weiter ausbauen

Abschlussworkshop zum Projekt „Nachhaltige Verankerung von kommunalen Präventionsketten“

## 26 Kurzmeldungen

## 28 Hochschulseelsorge

## 34 Alumni

Das zentrale Alumni-Netzwerk der Universität. Statistischer Rück- und Ausblick anlässlich des 75-jährigen Jubiläums

## 38 Personal

## 40 Publikationen

# ABSCHLUSSWORKSHOP ZUM PROJEKT „NACHHALTIGE VERANKERUNG VON KOMMUNALEN PRÄVENTIONSKETTEN“

---

**Text: Xenia Lakmann und Christina Wieda**

**Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof.'in Dr. Constanze Janda diskutierten am 16. und 17. März 2023 Expertinnen und Experten mit unterschiedlichem professionellen Hintergrund aus Praxis und Wissenschaft, wie kommunale Präventionsketten – gemeint ist: die ressort- und rechtskreisübergreifende Kooperation in der (Sozialverwaltung) – so gestärkt werden können, dass eine bedarfsgenaue, individuelle Begleitung aller Kinder ungeachtet ihrer sozialen Herkunft sichergestellt und so langfristig Armut bekämpft werden kann. Die Veranstaltung war die letzte in der Reihe eines von der Auridis Stiftung geförderten Multi-Stakeholder-Prozesses.**

Nachdem zunächst Vertreter:innen aus Ländern und Kommunen und von den Trägern der Wohlfahrts-  
pflege in eigenen Workshop-Formaten arbeiteten, kamen im Oktober 2022 Wissenschaftler:innen verschiedener Disziplinen von Rechtswissenschaft über Sozialwissenschaften, Bildungsforschung und Psychologie bis hin zur Sozialen Arbeit im Innovationslabor der DUV Speyer zusammen. Sie diskutierten über mögliche und nötige Rechtsänderungen, die zu einer besseren Kooperation zwischen Kitas, Schulen, Sozialleistungsträgern und anderen Einrichtungen führen. Einen thematischen Schwerpunkt stellte der verfassungsrechtliche Rahmen für die Herstellung

von Chancengleichheit dar. Präventionsketten sollen Kindern gleiche Bildungschancen ermöglichen und Benachteiligungen, vor allem infolge von Armut, entgegenwirken. Ressourcenarmut zieht Bildungsarmut nach sich, die sich reproduziert und die Lebenschancen armer Kinder verringert. Prof. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes a.D., stellte seine Überlegungen zur Nutzung datenbasierter Ansätze für den Auf- und Ausbau sogenannter Befähigungspartnerschaften vor, mit denen die Kooperation unterschiedlicher Träger und Institutionen zielgenau ausgestaltet werden könnte. Aggregierte Daten lägen vor; ihr Potenzial zum Er-



Zwei Tage diskutierten Expertinnen und Experten über die nachhaltige Verankerung kommunaler Präventionsketten

kennen, Erforschen und Bewältigen sozialer Problemlagen würde aber viel zu selten genutzt. Das Monitoring könne und dürfe zwar die Einzelfallarbeit nicht ersetzen, aber zur Verbesserung von Strukturen und Prozessen beitragen.

Organisation und Koordinierung von Präventionsketten stellt Kommunen vor ein Dilemma. Sie erfordern hohe Investitionen, die sich erst später – und zuweilen auf Ebene des Bundes und der Länder – auszahlen. Problematisch sei zudem weniger die operative Ebene als die Verwaltungsleitung. Nur wenn diese das Anliegen unterstütze, benachteiligten Kindern und Jugendlichen nachhaltig Unterstützung zuteilwerden zu lassen, könne dies sinnvoll in Regelstrukturen übersetzt werden. Anstatt gesetzliche Kooperationsverpflichtungen zu schaffen, seien Kooperationshemmnisse zu beseitigen. Für die Erreichbarkeit von Eltern und Familien seien bestehende Strukturen und Kontaktmöglichkeiten – sei es in der Schule, sei es im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen – zu nutzen. Angebote müssten möglichst offen gestaltet werden, damit sie ohne Angst und Scham in Anspruch genommen werden. Zugleich dürfe der Sozialstaat nicht paternalistisch agieren, sondern müsse akzeptieren, wenn Eltern bestimmte Leistungen nicht nutzen wollen.

Der Workshop lieferte viele Anregungen und warf zugleich Fragen im Hinblick auf die administrative Verankerung von Präventionsketten auf. Diesen nachzugehen war leitend für die Gestaltung der

Abschlusstagung, in deren Rahmen Prof. Dr. Jörg Bogumil (RUB) in die Komplexität föderaler Verwaltungsverflechtungen einführte, die zunehmend Dysfunktionalität im Verwaltungsvollzug mit sich brächten. Insgesamt habe die Verwaltungsverflechtung im Laufe der Jahrzehnte zugenommen. Für die Bewältigung aktueller Herausforderungen wie Klimawandel oder Digitalisierung seien dringend Prozesse für ein funktionierendes Schnittstellenmanagement zu vereinbaren. Dazu gehöre, dass sich die zuständigen Institutionen und Ressorts stärker austauschen und bereit sind, Kompetenzen abzugeben. Insgesamt solle darauf hingewirkt werden, dass das in der Ausbildung vermittelte, möglichst rechtsförmig und damit risikoarme Handeln von einem Paradigma zur Schaffung funktionierender Strukturen und Prozesse abgelöst wird.

Anschließend stellte Marc Nellen (BMFSFJ) die Pläne der Bundesregierung zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Neue Chancen für Kinder vor“ (NAP). Der Plan setzt die Empfehlung der vom europäischen Parlament verabschiedeten Child Guarantee in Deutschland um. In der Diskussion wurde intensiv über die Gegebenheiten von Netzwerkarbeit debattiert und auf Vorarbeiten verwiesen, auf die der NAP zurückgreifen könne.

Um die Möglichkeiten vernetzten Arbeitens auf Basis bestehenden Rechts zu verdeutlichen, stellte Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda die Kooperationsgebote

im Sozialgesetzbuch vor. Die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Pflichten in den einzelnen Büchern des SGB machten die vorhandenen Kooperationsverpflichtungen sowohl von Trägern als auch von Behörden und sonstigen Einrichtungen deutlich.

Prof. Dr. Fischer (FH Erfurt) stellte die Herausforderungen in den Bildungsinstitutionen dar, die bewältigt werden müssen, um Bildungsbenachteiligung auf Grund sozialer Ungleichheit zu vermeiden. Er betonte: „Schule ist als Lebensort, nicht als Bildungsinstitution, ein wichtiger Teil der Präventionskette.“ Anschließend führten Lydia Schillner vom Kommunalen Jobcenter und Anna Dreckmann vom Jugendamt Hamm in die Möglichkeiten vernetzungsstrategischen Handelns anhand des kommunalen Unterstützungssystem an Schulen (KUS) ein. Hamm hat in einem Pilotprojekt mit sieben Schulen systematisch alle Leistungen erfasst, die kommunal an Schulen erbracht werden. Dazu gehören die Offene Ganztagschule (OGS), Über-Mittag-Betreuung, Schulsozialarbeit, Bildungsbegleitung sowie weitere Leistungen nach dem SGB VIII. Um Ressourcen gerecht zu verteilen, wurden die Schulen in Hamm unter anderem anhand des NRW-Schulindex kategorisiert. Verwaltung und Schule arbeiteten dazu eng zusammen.

Zum Auftakt des zweiten Tages zeigte Dr. Heinz-Jürgen Stolz (ISA Münster) die Möglichkeiten des Transfers bereichsübergreifender Netzwerkstrukturen in den kommunalen Alltag auf. Die Präventionskette sei ein Gemeingut, um ungleichen Kindheiten zu begegnen, insbesondere vor dem Hintergrund ordnungspolitischen Reformverzichts. Präventionsketten müssten als kommunal individuell angepasstes Modell zweckorientiertes Handeln agil umsetzen, wenn sie erfolgreich sein sollen.

Anschließend erläuterte Prof. Dr. Carmen Hack (FH Kiel) die Grenzen der Netzwerkarbeit, indem sie die Komplexität der Versäulung kommunaler Zuständigkeitsbereiche in unterschiedlichen Dimensionen und hierarchischen Ebenen aufzeigte. Sie betonte die Relevanz der Führungsebene bei der Netzwerkkoordination und unterstrich, dass Netzwerke keine

hierarchiefreien Räume seien, in denen das Ziel die Rollen der einzelnen Mitglieder nivelliert.

Christina Wieda stellte auf Basis der Überlegung, dass Kinder von Geburt an Träger aller Grundrechte sind, die Frage, inwieweit der Staat in der Pflicht ist, Kinder bei der effektiven Wahrnehmung ihrer Grundrechte zu unterstützen und damit gelingendes Aufwachsen zu fördern. Dazu präsentierte sie ein Modell, das verankert in der kommunalen Rechtsaufsicht über die sozialrechtlichen Kooperationspflichten die Kommunen zu rechtskreisübergreifendem Arbeiten „vom Kind her gedacht“ begleitet. Kommentiert wurde das Modell von Prof. Dr. Silke Tophoven (Hochschule Düsseldorf) aus sozialpolitischer Perspektive. Es stärke die Chance, eine vorbeugende, lebenslauforientierte und bereichsübergreifende Sozialpolitik auf kommunaler Ebene umzusetzen. Um jedoch sozialpolitisch der Beratung einer Kommunalaufsicht folgen zu können, brauche jede Kommune ein entsprechendes sozialpolitisches Leitbild sowie ausreichende Ressourcen.

Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse, das sich in lebhaften Diskussionen spiegelte. Viele der Teilnehmenden brachten langjährige Erfahrungen zu Aufbau und Implementation kommunaler Präventionsketten mit. Unter ihnen auch Gerda Holz, die mit ihrer Forschung zu Kinderarmut in Deutschland ein bis dahin tabuisiertes Thema in die Rathäuser und an die Öffentlichkeit brachte, und als *Mutter der Präventionsketten* gilt.

Obwohl das Projekt mit dieser Tagung seinen Abschluss findet, hat die Auridis Stiftung auf Grund des großen Interesses die Möglichkeit einer weiteren Tagung in Aussicht gestellt. Hier sollen insbesondere bundespolitische Entscheider:innen auf die Notwendigkeit einer nachhaltig verankerten, kommunalen Begleitung für gelingendes Aufwachsen aufmerksam gemacht werden. Neben der Kindergrundsicherung muss dringend ein infrastrukturelles Modell aufgebaut werden, das Begleitung und Bildung für alle Kinder in Deutschland ermöglicht.

*Impressum*  
*SpeyerJournal Nr. 42*  
*Wintersemester 2022/2023*

*Herausgeber*  
Der Rektor der Deutschen Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer

*Redaktion*  
Referat für Information und Kommunikation  
der Deutschen Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer  
Freiherr-vom-Stein-Straße 2  
67346 Speyer

*Design*  
Weiser Design Markenkommunikation, Stuttgart  
[www.weiser-design.de](http://www.weiser-design.de)

*Satz und Druck*  
Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer

*Fotonachweis*  
*Uni Speyer, Désirée I. Christofzik, Martina Dick,*  
*Difu/Vera Gutofski, FIBE (Fórum de Integração Brasil*  
*Europa), Luise Gruender, Helen Hermann, Constanze*  
*Janda, Xenia Lakmann, Stefanie Raab, Christina Wieda*

*Foto auf Umschlagseite:*  
*Foto: National University of Mongolia*